

A n t r a g
des
UMWELT-AUSSCHUSSES

über den Antrag der Abgeordneten Edlinger, Waldhäusl, Mag. Hackl, Dr. Michalitsch, Bader, Ing. Haller und Ing. Rennhofer betreffend Keine Förderung von Atomkraftanlagen in Europa.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern:

- 1) sich bei der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, dass staatlichen Subventionierungen für Atomkraftanlagen niemals zugestimmt wird – auch nicht unter dem Vorwand der Versorgungssicherheit oder des Klimaschutzes.
- 2) sich bei der Europäischen Kommission für klare EU-Ziele betreffend des Ausbaus der Erneuerbaren Energie und der Steigerung der Energieeffizienz, auch über das Jahr 2020 hinaus, einzusetzen.“

ERBER, MBA
Berichterstatter

VLADYKA
Obfrau